STRELETZ, KESSLER, KRENZ & K.-H. W. gegen Deutschland

Urteile der Großen Kammer vom 22. März 2001

Strafrechtliche Verurteilung wegen Tötung von Flüchtlingen an der innerdeutschen Grenze

Art. 1 EMRK
Art. 2 EMRK
Art. 7 EMRK
Art. 14 EMRK

Sachverhalt:

Drei der Bf. waren hohe Amtsträger der DDR: Fritz Streletz war stellvertretender Verteidigungsminister, Heinz Kessler Verteidigungsminister und Egon Krenz Staatsratsvorsitzender. K.-H. W. war als Soldat der Nationalen Volksarmee der DDR an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten stationiert. Die Bf. Streletz, Kessler und Krenz sind nach der Wiedervereinigung von den deutschen Gerichten zu Freiheitsstrafen von je fünfeneinhalb Jahren, siebeneneinhalb Jahren und sechseineinhalb Jahren wegen Totschlags in mittelbarer Täterschaft verurteilt worden. Wegen ihrer Mitwirkung an Entscheidungen des Nationalen Verteidigungsrates oder des Politbüros über die Gestaltung des Grenzregimes der DDR wurden sie für den Tod mehrerer Personen verantwortlich gemacht, die zwischen 1971 und 1989 versucht hatten, die DDR über die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten zu verlassen.

Der Bf. K.-H. W. ist nach der Wiedervereinigung wegen Totschlags zu einer bedingten Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten Freiheitsentzug mit Bewährung verurteilt worden, weil er wegen Schusswaffengebrauchs als verantwortlich für den Tod einer Person angesehen wurde, die 1972 versucht hatte, die DDR über die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten zu verlassen. Die Verurteilungen sind vom Bundesgerichtshof bestätigt und vom Bundesverfassungsgericht für verfassungskonform befunden worden.

Rechtsausführungen:

□ Die Bf. machen geltend, dass die Handlungen zu dem Zeitpunkt, als sie begangen wurden, nach DDR-Recht oder nach Völkerrecht nicht strafbar waren, und dass ihre nachträgliche Verurteilung durch die deutschen Gerichte somit gegen das *Rückwirkungsverbot* gemäß Art. 7 (1) EMRK verstoße. Sie berufen sich ferner auf Art. 1 EMRK und Art. 2 (2) EMRK.

□ Zur behaupteten Verletzung von Art. 7 EMRK:

Es muss geprüft werden, ob die Strafbarkeit der Handlungen der Bf. zu dem Zeitpunkt, als sie begangen wurden, nach dem innerstaatlichen Recht der DDR oder nach Völkerrecht hinlänglich *erkennbar* und *vorhersehbar* war.

a) Innerstaatliches Recht:

1. Gesetzliche Grundlage: Die Verurteilung der Bf. hatte ihre gesetzliche Grundlage in dem zur Tatzeit anwendbaren Strafrecht der DDR. Die Strafen entsprachen im Prinzip denen, die in den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen der DDR vorgesehen waren; wegen des Prinzips der Anwendung des mildereren Rechts, nämlich des Rechts der BRD, waren die verhängten Strafen sogar geringer.

2. Rechtfertigungsgründe nach DDR-Recht: Die Bf. berufen sich auf § 17 (2) DDR-Volkspolizeigesetz und § 27 (2) DDR-Grenzgesetz. Im Lichte der in der Verfassung und in den gesetzlichen Bestimmungen der DDR verankerten Grundsätze (die das Prinzip der Verhältnismäßigkeit und des Schutzes des menschlichen Lebens beim Schusswaffengebrauch ausdrücklich anerkannten) ist die Verurteilung der Bf. durch die deutschen Gerichte auf den ersten Blick weder

willkürlich noch scheint sie Art. 7 (1) EMRK zu widersprechen.

3. Rechtfertigungsgründe aus der Praxis der DDR: Selbst wenn es das Ziel der Staatspraxis der DDR war, die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten um jeden Preis zu schützen, um die Existenz der DDR zu gewährleisten, betont der GH, dass diese Staatsraison ihre Grenzen in den in der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der DDR verankerten Grundsätzen finden muss; da das Gebot, das menschliche Leben zu schützen, sowohl in der Verfassung als auch im Volkspolizeigesetz und im Grenzgesetz der DDR niedergelegt war, können sich die Bf. nicht auf eine damit im Widerspruch befindliche Praxis der Behörden berufen, zumal das *Recht auf Leben* schon zur Tatzeit das höchste Rechtsgut auf der Werteskala der international anerkannten Menschenrechte darstellte.

4. Vorhersehbarkeit der Verurteilungen:

- Urteil Streletz, Kessler und Krenz

Der Widerspruch zwischen der Gesetzgebung der DDR und ihrer Staatspraxis war den Bf. weitgehend selbst zuzuschreiben. Aufgrund der hohen Ämter, die sie im Staatsapparat der DDR bekleideten, mussten sie sowohl die Verfassung und Gesetzgebung kennen, als auch die völkerrechtlichen Verpflichtungen und die Kritik, die auf internationaler Ebene gegen das DDR-Grenzregime geübt wurde. Hinzu kommt, dass sie dieses Regime selbst gestaltet oder weitergeführt hatten, indem sie die offiziellen gesetzlichen Bestimmungen, die im Gesetzblatt der DDR veröffentlicht waren, mit geheimen Befehlen und Dienstvorschriften zur Sicherung und Verbesserung der Grenzanlagen und zum Schusswaffengebrauch überlagerten. Die Bf. waren daher für die Zustände, die an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten seit Anfang der sechziger Jahre bis zum Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 herrschten, unmittelbar verantwortlich.

- Urteil K.-H. W.

Der GH betont, dass selbst ein einfacher Soldat sich nicht blind auf Befehle berufen kann, die nicht nur krass gegen die gesetzlichen Grundsätze der DDR selbst, sondern auch gegen die international geschützten Menschenrechte und vor allem gegen das *Recht auf Leben*, das höchste Rechtsgut in der Werteskala der Menschenrechte, verstoßen. Auch wenn sich der Bf. angesichts der politischen Verhältnisse, die in der DDR zur Tatzeit herrschten, in einer besonders schwierigen Lage befand, können solche Befehle nicht als Rechtfertigung für die Tötung von unbewaffneten Menschen dienen, die nichts anderes wollten, als das Land zu verlassen. Es wird darauf hingewiesen, dass die deutschen Gerichte mildernde Umstände anerkannt und die unterschiedliche Verantwortlichkeit der Machthaber der DDR und des Bf. berücksichtigt haben, indem sie erstere zu unbedingten Freiheitsstrafen und letzteren zu einer Strafe auf Bewährung verurteilt haben.

Übereinstimmende Erwägungen in beiden Urteilen:

Es ist in einem Rechtsstaat legitim, gegen Personen, die sich eines Verbrechens unter einem früheren Regime schuldig gemacht haben, strafrechtliche Verfolgungen einzuleiten; auch kann man den Gerichten des demokratischen Nachfolgestaates nicht vorwerfen, dass sie die gesetzlichen Bestimmungen, die zur Tatzeit galten, im Lichte rechtsstaatlicher Prinzipien anwenden und auslegen. Angesichts der zentralen Bedeutung des *Rechts auf Leben* in allen internationalen Menschenrechtstexten einschließlich Art. 2 EMRK ist der GH der Auffassung, dass die strikte Auslegung der Gesetzgebung der DDR durch die deutschen Gerichte im vorliegenden Fall Art. 7 (1) EMRK nicht widerspricht. Eine Staatspraxis, wie sie in der DDR bezüglich des Grenzregimes gehandhabt wurde, und die krass gegen die Grundrechte und vor allem gegen das *Recht auf Leben* verstieß, ist nicht

durch Art. 7 EMRK geschützt. Eine Praxis, die die eigene Gesetzgebung aushöhlt, welche eigentlich ihre Grundlage sein sollte, kann nicht als "Recht" iSv. Art. 7 EMRK angesehen werden. Die Strafbarkeit der Handlungen der Bf. war zu dem Zeitpunkt, als sie begangen wurden, nach dem innerstaatlichen Recht der DDR hinlänglich *erkennbar* und *vorhersehbar*.

b) Völkerrecht

1. Die anwendbaren Vorschriften: Der GH hält es für seine Aufgabe, den vorliegenden Fall auch nach den Grundsätzen des Völkerrechts zu prüfen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des internationalen Schutzes der Menschenrechte, auf den sich die deutschen Gerichte bezogen haben.

2. Schutz des Lebens: Die internationalen Menschenrechtstexte, einschließlich des von der DDR ratifizierten UNO-Pakts über bürgerliche und politische Rechte, haben immer wieder den Vorrang des *Rechts auf Leben* hervorgehoben. Die in Art. 2 (2) EMRK vorgesehenen Einschränkungen dieses Rechts, auf die sich die Bf. berufen, sind auf das Grenzregime der DDR nicht anwendbar.

3. Schutz der Freizügigkeit: Gemäß Art. 2 (2) 4.ZP EMRK und Art. 12 (2) des internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte steht es "jedermann frei (...), jedes Land, einschließlich sein eigenes, zu verlassen". Die in diesen Bestimmungen vorgesehenen Einschränkungen dieses Rechts sind ebenfalls nicht anwendbar, insbesondere können solche Einschränkungen nicht über das *Recht auf Leben* gestellt werden.

4. Staatliche Verantwortlichkeit der DDR und individuelle Verantwortlichkeit der Bf.: Die DDR wäre daher, wenn sie noch existieren würde, für die dargestellten Handlungen unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten verantwortlich. Es bleibt jedoch darzulegen, dass neben der staatlichen Verantwortlichkeit zur Tatzeit auch eine individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit der Bf. vorlag. Selbst wenn man davon ausgeht, dass eine solche Verantwortlichkeit nicht aus den zitierten internationalen Menschenrechtstexten hervorgeht, so kann sie doch aus diesen Texten in Verbindung mit Art. 95 DDR-StGB abgeleitet werden. Dieser Artikel sah seit 1968 eine individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit für diejenigen vor, die die völkerrechtlichen Verpflichtungen der DDR oder die Grund- und Menschenrechte missachteten. Es war also die Strafbarkeit der Handlungen der Bf. zu dem Zeitpunkt, als sie begangen wurden, auch nach Völkerrecht hinlänglich *erkennbar* und *vorhersehbar*. Das Verhalten der Bf. könnte, ebenfalls im Rahmen von Art. 7 (1) EMRK, noch nach weiteren Vorschriften des Völkerrechts geprüft werden, va. denjenigen, die sich auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit beziehen. Die Entscheidung, zu der der GH gelangt ist, macht eine solche Prüfung jedoch überflüssig.

c) Schlussfolgerung

Folglich haben die nach der Wiedervereinigung ergangenen Verurteilungen der Bf. durch die deutschen Gerichte **Art. 7 (1) EMRK nicht verletzt**. Angesichts dieser Tatsache muss der GH nicht prüfen, ob die Verurteilungen der Bf. nach Art. 7 (2) EMRK gerechtfertigt waren (einstimmig im Fall Streletz, Kessler & Krenz; 14:3 Stimmen im Fall K.-H. W., *Sondervoten der Richter Cabral Barreto, Pellonpää und Zupančič*).

☐ Zum Beschwerdepunkt gemäß Art. 1 EMRK:

Die Bf. rügen unter Berufung auf Art. 1 EMRK, dass sie als ehemalige Staatsbürger der DDR in Bezug auf das verfassungsrechtliche Rückwirkungsverbot keinen vollen

Rechtsschutz genießen.

Der GH vertritt die Auffassung, dass dieser Beschwerdepunkt nicht nach Art. 1 EMRK zu prüfen ist, da es sich hier um eine Rahmenbestimmung handelt, die nicht getrennt verletzt werden kann. Er könnte jedoch eine Frage gemäß Art. 14 EMRK (*Diskriminierungsverbot*) iVm. Art. 7 EMRK aufwerfen, da die Bf. der Sache nach geltend machen, dass sie als ehemalige Bürger der DDR Opfer einer *Diskriminierung* waren. Der GH ist jedoch der Auffassung, dass die vom Bundesverfassungsgericht angewandten Grundsätze allgemeine Bedeutung haben und somit auch für Personen gelten, die keine ehemaligen DDR-Bürger waren. Folglich liegt **keine *Diskriminierung*** iSv. **Art. 14 EMRK iVm. Art. 7 EMRK** vor (einstimmig).

P.R.

[Das Urteil Streletz, Kessler und Krenz gg. Deutschland im englischen](#)

[Originalwortlaut \(pdf-Format\).](#)

[Das Urteil K.-H. W. gg. Deutschland im englischen Originalwortlaut \(pdf-Format\).](#)